

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 3. Juli 2022 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Fracking in Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Nicht zuletzt durch den Ukraine-Krieg ist die Versorgung mit Rohstoffen ein immer größeres Problem für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Gas- und Erdöllieferungen aus Russland werden immer unzuverlässiger und die Beschaffung von Ersatz durch andere Lieferanten ist noch nicht geklärt.

Insofern gilt es alle Möglichkeiten der Rohstoffversorgung ergebnisoffen zu prüfen. Diese Prüfung sollte technologieoffen erfolgen, also auch „Fracking“ mit einbeziehen.

Zwar einigten sich Bundestag und Bundesrat 2017 auf ein Fracking-Verbot bis mindestens 2021 und eine Evaluation, bzw. stillschweigende Verlängerung. Indes sind die aktuellen Notlagen ein Anlass die Sachlage noch einmal neu zu bewerten: bis zu 2.000 Milliarden Kubikmeter Erdgas schlummern als Schiefergas in deutschen Böden.

Der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, plädiert laut SWR-Bericht vom 17. Juni 2022 für eine ergebnisoffene Prüfung, dem sich Landespolitiker aus Bayern und NRW angeschlossen haben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um Berichterstattung.

Insbesondere bitten wir um die Beantwortung der Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand in Sachen Fracking?

2. Liegen Anträge auf Abbau vor? Wenn ja, für welche Gebiete und von wem?
3. Wie steht die Landesregierung zum Fracking, insbesondere in Rheinland-Pfalz?
4. Welche Initiativen ergreift die Landesregierung in Sachen Fracking?
5. Strebt die Landesregierung eine gesetzliche Neuregelung an?